EUROPA 11.05.2020 | Markus Meckel

Weltmeister der Aufarbeitung

Deutschland macht es sich 75 Jahre nach Kriegsende beim Gedenken oft zu bequem – vor allem in Bezug auf Osteuropa gibt es Defizite.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Russisch.

Vor 75 Jahren wurde der Nationalsozialismus besiegt, das nationalsozialistische Deutschland hatte ganz Europa und die Welt mit dem schlimmsten Krieg der Geschichte überzogen und schwerste Menschheitsverbrechen verübt. Anders als beim Kommunismus ist sich die Welt – einschließlich der Deutschen – heute einig in der Verurteilung dieser totalitären Diktatur und ihrer völkermordenden Schrecken.

Deutschland stand nach 1945 vor der Herausforderung, sich mit diesen Schrecken und Verbrechen auseinanderzusetzen. In der DDR machten es sich die dann herrschenden Kommunisten einfach: Man erklärte die ganze DDR als antifaschistisch und stellte sich an die Seite der Sowjetunion – und damit der Sieger. Schuld trugen die anderen. In der Bundesrepublik war es ein langer Weg, bis die Gesellschaft und schließlich der Staat die Kraft fanden, der Wahrheit ins Auge zu sehen, Schuld anzuerkennen und Verantwortung zu übernehmen.

Einzelne und Gruppen, die früh dafür eintraten, standen lange unter erheblichem Druck. Fast 20 Jahre dauerte es bis zum ersten Auschwitzprozess, 40 Jahre, bis man anerkannte, 1945 vom Nationalsozialismus befreit worden zu sein und 45 Jahre bis die Westgrenze Polens völkerrechtlich anerkannt wurde. Heute ist das Bewusstsein der Verantwortung, die uns Deutschen aus dieser Vergangenheit erwächst, tief in das öffentliche Bewusstsein eingegraben. Es gehört zur nationalen Erinnerungskultur und zur Außenpolitik Deutschlands.

Vielen im Ausland gilt Deutschland gewissermaßen als „Weltmeister der Aufarbeitung“, eben weil es nun schon über Jahrzehnte die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – aber auch mit dem Kommunismus – gibt. Und trotzdem gibt es große

Defizite. Die Erinnerung und das Gedenken an den Nationalsozialismus, an die Weltkriege, an den Kommunismus oder an Flucht und Vertreibung im Gefolge des 2. Weltkrieges stehen oft unvermittelt nebeneinander und werden vielfach von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen getragen.

Das Gedenken an den Nationalsozialismus hat sich vielfach auf das Menschheitsverbrechen der Shoa konzentriert, wobei andere Opfergruppen und Dimensionen dieser totalitären Diktatur in den Hintergrund gerieten.

Wichtig wäre, diese Geschichte des 20. Jahrhunderts viel stärker in ihren Zusammenhängen in den Blick zu nehmen. So ist es bezeichnend, dass der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, der für manche unserer östlichen Nachbarn im Zentrum ihrer Erinnerung steht, in Deutschland normalerweise in der Öffentlichkeit verdrängt ist. Das Gedenken an den Nationalsozialismus hat sich vielfach auf das Menschheitsverbrechen der Shoa konzentriert, wobei andere Opfergruppen und Dimensionen dieser totalitären Diktatur in den Hintergrund gerieten. Erst nach und nach kommen sie (neu) ins Blickfeld und eine Diskussion beginnt, wie etwa der Millionen Toten des Vernichtungskrieges im Osten erinnert werden soll – in Polen, Russland, Belarus, der Ukraine, Georgien und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Kaum jemand in Deutschland weiß von den drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die umgekommen sind, von der Million ziviler Opfer der Blockade Leningrads, oder kennt das Schicksal der Millionen von Zwangsarbeitern. Bei der Shoa denken wir meist an die großen Lager regelrecht industrieller Vernichtung, die NS-Deutschland in Polen errichtete. Dass an Tausenden, uns oft nicht bekannten Orten weiter östlich Juden, Bürger der Sowjetunion aus vielen Völkern ermordet oder dem Hungertod anheimgegeben wurden, ist im deutschen öffentlichen Bewusstsein nicht präsent. Leider hat der Vorschlag, diesen Opfern des Vernichtungskrieges und der Besatzung ein Dokumentationszentrum zu widmen, bis heute im Bundestag keine Mehrheit gefunden. An einem solchen Ort sollte über diese meist vergessene Geschichte mit ihren Grauen differenziert berichtet werden. Hier sollten Menschen auch jüngerer Generationen aus verschiedenen Ländern ihre Herkunftsgeschichte kennenlernen und darüber ins Gespräch kommen können.

Wer seine Geschichte erzählt, gibt sich zu erkennen. Was und wie erzählt

wird, aber auch was verschwiegen oder verdreht wird und wie man sich zu den Erfahrungen der anderen in Beziehung setzt, schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit – oder führt zu Verdruss, Spannungen oder gar Angst. Eine solche Erzählung muss erst einmal geschaffen, oder eben erstritten werden, denn unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen oder Minderheiten haben oft sehr verschiedene Perspektiven und Erfahrungen. Dies kann Zusammenhalt stiften – oder auch Streit provozieren.

So ist der Umgang mit der Vergangenheit in Staaten immer auch ein Stück weit „Geschichtspolitik“, von Interessen getragen. In Diktaturen und autoritären Staaten wird das Geschichtsbild „von oben“ geprägt. Man kennt das Geschichtsministerium in George Orwells Roman „1984“ oder die von Stalin retouchierten Fotos aus der Frühzeit der Bolschewiki. In offenen, demokratischen Gesellschaften entsteht die Meistererzählung über die eigene Geschichte im öffentlichen Dialog – und Streit. Und sie verändert sich im Laufe der Zeit. Neue Erkenntnisse und verschiedene Perspektiven können das öffentliche Bild, das öffentliche Gedenken verändern.

In offenen, demokratischen Gesellschaften entsteht die Meistererzählung über die eigene Geschichte im öffentlichen Dialog – und Streit.

Nach 1990 begannen die Staaten und Völker im östlichen Europa ihre Geschichte neu zu erzählen und aus dem betonierten kommunistischen Gefängnis zu befreien. Verdrängtes wurde farbig und prägend. Alte Gegensätze brachen auf und wurden wieder lebendig. Meist geschah und geschieht das nach nationalen Leitlinien. In der Sowjetunion hatten sich Staat und Gesellschaft im gemeinsamen Narrativ vom „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941 - 1945 zusammengefunden, der Sieg und Ruhm versprach und in dem Gut und Böse klar geschieden und zugeordnet waren. Die kommunistischen Verbrechen, die in den 20er und 30er Jahren Millionen Opfer gefordert hatten, traten in den Hintergrund bzw. wurden vergessen gemacht.

Doch seit Ende der 80er Jahre brachen sich auch andere Perspektiven und Erfahrungen Bahn, Bruchlinien wurden offengelegt. Die vom Geheimprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes betroffenen Völker bestehen darauf, dass nicht mehr verdrängt werden darf, was zwischen 1939 und 1941 geschah: Okkupation, Krieg, Deportation und politische Verfolgung. In den von der Roten Armee im Gefolge dieses Paktes

eroberten und besetzten Ländern und Gebieten begann damals schon Gewalt und Terror, die Errichtung der kommunistischen Diktatur. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion setzte sich die Gewalt ins Unermessliche fort. Da die Wehrmacht aus dem Land ernährt werden sollte, nahm man in Kauf, dass Millionen Zivilisten verhungerten. Die slawischen Völker im Osten und auf dem Balkan sollten Sklavenvölker werden, ihre Eliten vernichtet. Juden waren von Beginn an dem Tod geweiht.

Nachdem die konkreten Erfahrungen der Menschen im Osten Europas über Jahrzehnte hinter der ideologisierten Gedenkkultur der Sowjetunion verschwanden, gilt es heute, sie wachzurufen und ihnen Raum zu geben. Grenzüberschreitend müssen wir Zuhören lernen und Empathie entwickeln, um die verschiedenen Erfahrungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Jede Erinnerung wird von der Gegenwart bestimmt. Unser Gedenken heute sollte nicht von Heroismus und nationaler Größe geprägt sein, sondern von Menschlichkeit, die den vielen Opfern ihre Würde wiedergibt. Es sollte geprägt sein von den Werten, die wir im Lissaboner Vertrag aufgeschrieben haben und durch die wir uns in der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft leiten lassen.



Markus Meckel

Markus Meckel ist ehemaliges Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Er war nach der ersten freien Wahl vom 12. April bis zum 20. August 1990 Außenminister der DDR in der Großen Koalition.